

Die Alternative Liste lehnt das vorliegende Budget 2011 der Stadt Zürich ab

Als die bürgerliche Fünferbande im November 2010 im Café Metropol ihren Blutschwur geleistet hatte, wies die AL darauf hin, dass man mit der Budgetrückweisung und der Forderung nach einem ausgeglichenen Budget entweder Budgetkosmetik oder absurde Streichanträge provozieren. Beides ist eingetreten.

Budgetglück

Durch die Aktualisierung der Budgetzahlen und ein paar Handgriffe des schlaugen Finanzvorstandes ist das Buchdefizit, das der Stadtrat in seinem ersten Voranschlag präsentiert hatte, wie durch Zauberhand zusammengeschmolzen. Die verbesserten Ertragsprognosen (plus 70 Millionen), der wegen der tieferen Teuerung gesunkene Aufwand für den Teuerungsausgleich (minus 10 Millionen), der reduzierte Abschreibungsbedarf wegen ohnehin nicht realisierbaren Investitionen und diverse Anpassungen der Ausgabenprognosen vom Sommer 2010 an die Realitäten des Januar 2011 haben Wunder gewirkt. Insgesamt dürften diese Budgetanpassungen – die der freisinnige Finanzvorstand nun nicht mehr mit der Rechnung als Erfolg der zurückhaltenden Ausgabenpolitik präsentieren kann – weit mehr als die Hälfte des Sparauftrags abdecken.

30 Millionen Franken weniger Steuerausfälle dank Gemeinde-Referendum

Erfreut ist die AL natürlich, dass 30 dieser Millionen ihrem Wirken zugeschrieben werden dürfen. Am 8. September 2010 hat eine Koalition der finanzpolitischen Vernunft das Gemeindereferendum gegen die kantonale Unternehmenssteuerrevision beschlossen. Martin Vollenwyders Budgetplaner hatten zu diesem Zeitpunkt bereits einen Steuerausfall von 30 Millionen Franken in den Voranschlag 2011a eingestellt. Wegen des Referendums ist die Steuergesetzrevision nicht auf den 1. Januar 2011 in Kraft getreten, weshalb im Voranschlag 2011b eine erfreuliche Mehrung des Steuerertrags zu finden ist. Eine Verbesserung, die nicht auf Zahlenschieberei hinausläuft, sondern real mehr Cash in die Stadtkasse bringt. Unseren KollegInnen von der EVP, die am 8. September 2010 mit uns zusammen dem Gemeindereferendum zum Durchbruch verholfen haben, wünschen wir eine baldige Rückkehr zur finanzpolitischen Vernunft.

Absurde Streichvorschläge

Einen scharfen Kontrast zum Budgetglück bilden die sehr realen Sparmassnahmen, die hauptsächlich das Personal treffen. Zum Beispiel Absurditäten wie der Vorschlag, 20'000 Angestellten mit der Streichung der Lunchchecks flächendeckend einen monatlichen Lohnzustupf von 100 Franken wegzunehmen, der die Erfolgsrechnung der Stadt mit genau 9,6 Millionen Franken belastet. Wenn ein Personalchef eines florierenden 7-Milliarden-Betriebs wegen eines solch lächerlichen Betrags seine Leute zum Protest auf die Strasse treibt, würde er per sofort entlassen. In der Stadt Zürich ist das anders, weil die Damen und Herren, die das Budget zurückgewiesen haben und diese Sparmassnahme abnicken werden, keine Verantwortung tragen müssen.

In einer ganz anderen Dimension verantwortungslos ist der Vorschlag, 760'000 Franken in der Geburtsabteilung des Triemli-Spitals zu streichen. Wenn Dutzende von werdenden Müttern wegen dieser Sparmassnahme zum Gebären in ein Landspital ausweichen müssen, gleichzeitig aber im Hochbaudepartement neue IT-Spezialisten, bei der Immo neue Kundenberater und im Amt für Hochbauten neue Stadtplaner eingestellt werden dürfen, so hat der Stadtrat schlicht und einfach die Prioritäten falsch gesetzt. In diesem Fall darf der Stadtrat mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen. Mildernde Umstände, die den Abgeordneten von SVP, GLP, FDP, CVP und EVP nicht zugesprochen werden können. Mit vier Anträgen haben AL und Grüne der Sparkoalition gezeigt, wie der Ausbau der Gebärabteilung im Triemli-Spital per Sommer 2011 doch noch realisiert werden kann – ohne Budgetaufstockung wohlgemerkt, durch reine Kosten-Umlagerungen. Es ist bekannt, dass keiner der 64 auf diesen Vorschlag eintreten wird.

Auf dünnem Eis

Die Tatsache, dass selbst kostenneutrale und sachlich ausgewiesene Anträge im Gemeinderat keine Chance haben, macht eines deutlich: Die Tuenas und Liebis haben die Mehrheit mit der Budgetrückweisung auf sehr dünnes Eis gelockt. Das Eis ist so dünn, dass sich keine und keiner der 64 GemeinderätInnen der bunten Koalition mehr bewegen darf.

Bei diesem politischen Affentheater macht die AL nicht mit. Das vorliegende Budget kombiniert die SVP-Sparstrategie mit dem stadträtlichen Reflex, lieber Leistungen abzubauen als die Verwaltung zu verärgern – und ist deshalb schlicht und einfach nur ungeniessbar.